

ERKLÄRUNG VON GALIZIEN
CALRE 2014

Santiago de Compostela, 8. November 2014

Einführung:

Die CALRE wurde am 7. Oktober 1997 mit dem Ziel gegründet, den Regionalparlamenten zu mehr Einfluss im europäischen Gesetzgebungsprozess zu verhelfen.

Als wichtigste Elemente für ihre Entwicklung berücksichtigte die CALRE die Beziehungen des Europäischen Parlaments mit den Regionalparlamenten, die Rolle der Regionalparlamente in der EU-Politik und das Subsidiaritätsprinzip.

Dem Europäischen Parlament kommt im europäischen Gesetzgebungsprozess eine Vertretungsrolle zu und es ist somit zusammen mit dem Rat der Europäischen Union der Gesetzgeber. Die europäische Politik greift zunehmend in die Kompetenzbereiche der Regionalparlamente ein.

Das Subsidiaritätsprinzip, das in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union spezifiziert ist, ist das Leitprinzip für die Verteidigung einer Nähe bei der Regierungsführung der Europäischen Union und muss gewährleisten, dass die in

Europa getroffenen Entscheidungen möglichst effizient so bürgernah wie möglich getroffen werden, die tatsächlichen Bedürfnisse der Bürger behandeln und auf die Besonderheiten des jeweiligen Gebietes abgestimmt sind.

Erstens.- Die Legitimation der Europäischen Integration.

Die CALRE, eine Organisation der regionalen gesetzgebenden Versammlungen in der Europäischen Union, ist mit demokratischer Legitimation ausgestattet und vertritt somit direkt ihre Bürger auf EU-Ebene.

Die CALRE beabsichtigt insbesondere, im aktuellen europäischen Integrationsprozess noch weiter zu gehen und strebt mehr demokratische Legitimation an.

Die Wirtschaftskrise, von der die Europäische Union in den letzten Jahren betroffen war, hat gewisse Zweifel über ihre demokratische Legitimation aufkommen lassen. Dies zeigte sich auch in der niedrigen Wahlbeteiligung bei den Europawahlen. Das mangelnde Vertrauen von Teilen der europäischen Bürger, das sich auf Europa auswirkt, zeigt unbestreitbar die Notwendigkeit, die Regionalparlamente in den Prozess zur Wiedererlangung der Legitimation einzubinden, da diese ein Teil des europäischen Parlamentarismus sind. Zu dessen Aufgaben gehört es, die Bürger und die EU näher zusammenzubringen und sie zu zuverlässigen Verbündeten für den Aufbau eines europäischen Bewusstseins zu machen.

Diese Entscheidungen über die Stärkung der demokratischen Legitimation sollten auf der gemeinsamen Suche aller europäischen Einrichtungen nach den Grundgedanken gründen, auf die sich alle einigen können. Auf dieser Konsensgrundlage sollte das gemeinsame und integrative Projekt bestätigt werden,

in dem die EU-Institutionen mit den Bürgern Hand in Hand und als Gesamtheit zusammenarbeiten.

Aus Sicht unserer Regionen sind die Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen wesentliche Akteure bei der Förderung der verantwortungsvollen Regierungsführung und der Einbeziehung der Bürger in den demokratischen Prozess. Ihr Ziel ist die Verbesserung der lokalen und regionalen Demokratie und die Verteidigung der Menschenrechte.

Wir sind verantwortlich für die Entwicklung einer verantwortungsvollen Regierungsführung, eines hochwertigeren Gesetzgebungsrahmens, der den Bürgern zugutekommt, sowie natürlich für die Verteidigung der Rechte unserer Bürger.

Zweitens.- Die spezifischen Herausforderungen der Regionalparlamente im neuen Mandat der Europäischen Union

1. Allgemeine Merkmale.

Die CALRE ist besorgt über die aktuellen geopolitischen Schwierigkeiten und fordert Verhandlungen sowie die Umsetzung völkerrechtlicher Mechanismen zur Beilegung von Konflikten in und außerhalb von Europa.

Unsere Organisation war und ist in höchstem Maße sensibel für die globalen Herausforderungen, die sich auf die internationale Gemeinschaft auswirken. Unser Ziel ist es, durch die bestehenden, institutionellen Kanäle in Bezug auf verschiedene Angelegenheiten Gehör zu finden, beispielsweise in Bezug auf die nachhaltige Entwicklung in der Europäischen Union zur Verbesserung der

Lebensqualität der Bürger. Vor diesem Hintergrund hat die EU die nachhaltige Entwicklung strategisch als Priorität in die umfangreichen Politikbereiche aufgenommen. Insbesondere hat die EU eine Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel sowie bei der Förderung der kohlenstoffarmen Wirtschaft eingenommen.

Andererseits führten die großen Konflikte, die aufgrund der finanziellen Anspannungen als Folge der Krise der vergangenen Jahre aufgetreten sind, dazu, dass die CALRE die Politik der Mitgliedsstaaten im Kampf gegen Korruption und für die Förderung der institutionellen Transparenz energisch unterstützt. Mit diesem Ziel unterstützt und fördert die CALRE die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), um Systeme für die elektronische Demokratie zu entwickeln und eine effiziente und transparente Regierungsführung im Dienste der Bürger zu gewährleisten.

Die CALRE ist davon überzeugt, dass die Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen unter dem Blickwinkel der Bewertung der sozialen und territorialen, nicht nur rein gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der getroffenen Strukturentscheidungen der EU-Institutionen sowohl *ex ante* als auch *ex post* an Haushaltsstabilitätsstudien über die zu ergreifenden, wirtschaftlichen Maßnahmen teilnehmen müssen. In Anbetracht der Notwendigkeit, die Maßnahmen auf allen Regierungsebenen zu koordinieren und umzusetzen, wird insbesondere die Notwendigkeit einer klaren Rolle für die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in den Verfahren im europäischen Semester und die Überwachung der Strategie Europa 2020 hervorgehoben.

Die Regionalparlamente der EU mit Gesetzgebungsbefugnissen müssen als demokratischer Sicherungsmechanismus berücksichtigt werden. Als direkt gewählte Organe verkörpern sie vor allen öffentlichen Gewalten die Stärkung der Grundrechte und die Konsolidierung einer demokratischen Kultur. Als direkte und unmittelbare Vertreter der Bürger sind die Regionalparlamentskammern die bevorzugten Gesprächspartner, um zu gewährleisten, dass die Entwicklung der EU-Gesetzgebung die Grundsätze des EU-Rechts wahrt: in besonderem Maße das Recht auf Nichtdiskriminierung sowie auch neuere Grundsätze, die sich auf die Herausforderungen auswirken, die aus der Behandlung personenbezogener Daten, grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus entstehen.

Die geleistete Arbeit der CALRE zeigte auch, dass die europäischen Regionen und ihre Parlamente wichtige Bezugspunkte bei der Einwanderungspolitik der EU sind. Trotz der Tatsache, dass die Einwanderungspolitik auf EU-Ebene in die Kompetenz der Staaten fällt, ist sie eine Angelegenheit, die eine direkte Auswirkung auf die Entwicklung der regionalen und lokalen Regierungen hat, insbesondere in den Bereichen der sozialen Eingliederung und dem Schutz der Grundrechte der Menschen, die im gemeinsamen Raum der Rechte und Freiheiten leben, der Europa stets war. Folglich müssen die CALRE-Parlamente bei der Entwicklung der gemeinsamen Einwanderungspolitik und bei der Umsetzung des „Smart Border“-Gesetzespakets für Grenzkontrollen, das derzeit durch die Europäische Union erarbeitet wird, Gehör finden.

2. Die entscheidenden und strategischen Herausforderungen für die Zukunft der Europäischen Union: Politik für Wachstum, junge Menschen und Arbeitsplätze, Chancengleichheit und die Gleichstellung der Geschlechter.

Die CALRE ist davon überzeugt, dass es die größte Herausforderung für die EU in der nahen Zukunft sein wird, Wachstum, Beschäftigung und Zusammenhalt erzeugen zu können.

Die CALRE ist besorgt über die kritische Lage, die in Europa andauert. Mehr als sechszwanzig Millionen Menschen sind arbeitslos und ein Viertel der Bevölkerung ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Die Europäische Union muss daher politische Maßnahmen verabschieden und geeignete Mittel nutzen, um wieder zu annehmbaren Wachstumsraten zurückzukehren. Deshalb ist es eine Notwendigkeit, dass die Regionalparlamente an der Schaffung und Definition der politischen Maßnahmen für Zusammenhalt, Wachstum und Entwicklung beteiligt werden, wobei besondere Aufmerksamkeit auf die Arbeitsplatzfrage, hauptsächlich für junge Menschen, zu richten ist.

Die CALRE fordert eine Stärkung der Maßnahmen, die eine positive Entwicklung und Erholung in der Europäischen Union auch im Hinblick auf die anhaltende soziale Ungleichheit in den Staaten der Europäischen Union erlauben. Zudem fordert die CALRE die wirksame Nutzung der EU-Mittel in den Programmen 2014-2020.

Die CALRE drückt ihr Besorgnis über die Situation aus, der junge Menschen in Europa derzeit gegenüberstehen und drückt die Notwendigkeit aus, ihre Fähigkeiten durch Bildung und Berufsausbildung zu verbessern. Die Initiative für

Jugendbeschäftigung und die Verabschiedung einer Jugendgarantie in der Europäischen Union muss gewährleisten, dass junge Europäerinnen und Europäer Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen, Bildung und Weiterbildungen haben, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und den Übergang von der Schule ins Berufsleben zu verbessern. Die Regionalparlamente sollten sich an der Planung und Überwachung dieser EU-Politik beteiligen.

Die CALRE-Parlamente verteidigen die Umsetzung der europäischen Strategie 2010-2015 für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Wir glauben an die Prioritäten, die in der Charta der Frauen dargelegt sind und sind davon überzeugt, dass die Außenmaßnahmen der EU in diesem Bereich die Entwicklung demokratischer und integrativer Gesellschaften ermöglichen werden. Diese Prioritäten basieren auf der Umsetzung folgender Aspekte:

- a) **Wirtschaftliche Unabhängigkeit**, die insbesondere durch die Bekämpfung der Diskriminierung, der Stereotype im Bereich der Bildung, der Segregation auf dem Arbeitsmarkt, der prekären Beschäftigungsverhältnisse, der unfreiwilligen Teilzeitarbeit und der Asymmetrie bei den Verantwortlichkeiten von Männern und Frauen in der Familie erreicht werden sollte.
- b) **Gleiches Entgelt für Männer und Frauen**
- c) **Vertretung von Frauen in Funktionen mit Entscheidungsbefugnissen und Führungsrollen**, Bereiche, in denen Frauen im öffentlichen wie im privaten Sektor immer noch unterrepräsentiert sind.
- d) Respektierung der **Würde und Integrität der Frauen und die Beseitigung der geschlechterbezogenen Gewalt**, einschließlich derjenigen Traditionen, die

Frauen erniedrigen und die Menschenrechte unterlaufen.

Die Regionalparlamente wollen und müssen an der Planungsphase und der Festlegung der jeweiligen politischen Prioritäten teilnehmen und beabsichtigen, bei der Überwachung und Bewertung Synergien einzusetzen.

**Drittens.- Institutionelle Dynamiken im europäischen Integrationsprozess.
Regionalparlamente in der Europäischen Union.**

Die Europäische Kommission hat die Bedeutung ihrer Beziehungen mit den nationalen Parlamenten als einen Weg anerkannt, die Union näher zu ihren Bürgern zu bringen. Dieses Ziel ist sehr lobenswert. Dennoch müssen für eine angemessene Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips – der Garantie für eine effiziente Umsetzung der EU-Gesetzesinitiativen im EU-Gebiet – die Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen berücksichtigt werden, falls die Ziele wirksam erreicht werden sollen.

In diesem Kontext ist es wichtig, zu gewährleisten, dass die regionalen Versammlungen mit Gesetzgebungsbefugnissen auf europäischer Ebene stärkend auf die Überwachung und die Analyse des Subsidiaritätsprinzips durch die EU-Institutionen einwirken und Möglichkeiten für eine bessere und wirksamere Einbindung in andere Prozesse auf EU-Ebene untersuchen können. Als Garantie für dieses Prinzip muss die CALRE auf europäischer Ebene enge institutionelle Beziehungen pflegen, die es ihr ermöglichen, die europäische Idee zu verteidigen,

unterstaatliche Einheiten in der EU-Gesetzgebung anzuhören und somit die EU mit größerer demokratischer Legitimation auszustatten. Daher begrüßt die CALRE den Vorschlag der Vorsitzenden von 29 Ausschüssen für Europa-Angelegenheiten, in der Europäischen Kommission eine Arbeitsgruppe einzurichten, die einen gemeinsamen Aktionsplan erarbeiten soll, und bittet um angemessene Einbindung der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen in den gesamten Prozess.

Auf EU-Ebene fördert die Arbeit der CALRE und ihrer Mitglieder den regionalen Interparlamentarismus auf supranationaler Ebene und unterstützt dadurch den Austausch von Informationen und bewährten Praktiken. Die Vernetzung steigert auch ihre Repräsentativität auf europäischer Ebene und verleiht ihnen größere Präsenz bei den EU-Institutionen, insbesondere im Ausschuss der Regionen, dem vertretenden Organ der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der EU, um ein höheres Maß der Bürgerbeteiligung zu fördern und die Qualität der Demokratie im europäischen Integrationsprojekt zu stärken.

Das Mehrebenensystem fordert von den europäischen Institutionen, den Mitgliedsstaaten und den regionalen und lokalen Einrichtungen, auf funktionale, institutionalisierte Weise sowohl bei der Entwicklung als auch der Umsetzung der EU-Politik zusammenzuarbeiten.

Die Regionalparlamente und die CALRE sind auch hier die Ebene, die den Bürgern am nächsten ist und können somit am wirksamsten nach politischen Lösungen suchen, welche die tatsächlichen Bedürfnisse der Bürger behandeln. Aus diesem Grund fördert die CALRE eine ausführlichere Information

der Bürger über die EU-Politik durch die Regionalparlamente, damit diese auch stärker in den europäischen Gesetzgebungsprozess eingebunden werden.

Das Hauptziel ist es, im Rahmen des Subsidiaritäts- und Proportionalitätsprinzips eine größere gesetzgeberische Effizienz zu erreichen. Dazu müssen transparent und demokratisch innovative Modelle entwickelt werden, die auf einer effizienten Zusammenarbeit auf allen Regierungsebenen, von der obersten Regierungsebene bis zur niedrigsten Regierungsebene („Top-Down“-Ansatz) basieren.

Wie die Europäische Kommission mit Beginn ihres Mandats 2014 anerkannt hat, wird die Klassifizierung der politischen Prioritäten als Grundlage für eine bessere Union mit eindeutigeren Zielen nur funktionieren, wenn sie aus einem partnerschaftlichen Ansatz zwischen den europäischen Institutionen und den Mitgliedsstaaten entsteht. Auch hier kann die Rolle der CALRE als unersetzlich angesehen werden, da alle EU-Mitgliedsstaaten, die Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen haben, diese Regionalparlamente als wichtige Komponenten für die Festlegung der politischen Agenda und somit als wichtige Partner bei der Entwicklung des europäischen Projekts anerkennen.

In diesem Zusammenhang muss CALRE von den verschiedenen Erfahrungen in Europa bezüglich der Beziehungen zwischen nationalen Parlamenten und den europäischen gesetzgebenden Versammlungen in der Angelegenheit der Teilnahme an der Festlegung der europäischen Politik profitieren, um eine gemeinsame Plattform zu errichten und die bewährten Praktiken auszutauschen, die bei der Unterstützung der Aktivitäten der Regionalparlamente nützlich sind:

Diese haben möglicherweise ein anderes institutionelles Gewicht, sind jedoch ebenso wichtig.

Daher wird die CALRE den politischen Dialog mit dem Europäischen Parlament weiter stärken und fördern und somit sicherstellen, dass sie bei der Europäischen Kommission durch die Einbindung in den frühen Phasen der Gesetzgebung Gehör findet. Insbesondere wird sie auch ihre Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen intensivieren, der zusammen mit der CALRE selbst im direkten Dialog mit den europäischen Institutionen starke, glaubwürdige und wirksamen Positionen für eine wahrhafte europäische Regionalpolitik präsentieren kann.

Viertens.- Europäische Strategien und die Zukunft Europas

Insbesondere wurde in diesem Jahr die Genehmigung für den mehrjährigen Finanzrahmen der EU für den Zeitraum 2014-2020 erteilt, der im Einklang mit der EU-Wachstumspolitik „Europa 2020“ die Ausgabenprioritäten definiert, die auf nachhaltige Entwicklung, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit gerichtet sind.

Um die Aussichten für eine Belebung des Wachstums und der Beschäftigung zu stärken, sieht die CALRE in der Zwischenbewertung der Strategie Europa 2020 eine wichtige Chance, die aktuelle Regierungsführung zu überdenken und deren Defizite bei der Prognose und den Zielen zu beheben, um das Potential einer Politik des Zusammenhalts durch die Erhöhung und Vergrößerung der politischen und finanziellen Nutzen der europäischen Integration (und folglich der Nachhaltigkeit) unterschiedslos für alle Mitgliedsstaaten zu stärken. Diese Chance sollte nicht verpasst werden.

Da es sich hierbei um ein Finanzprogramm handelt, bei dem die EU alle sieben Jahre ihre Wirtschaftspolitik entwickelt, ist sich die CALRE besonders ihrer Rolle bezüglich der Zwischenprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens bewusst, die für Ende 2016 geplant ist. Während die Situation der Stabilität und des Wachstums gewahrt wird, versuchen die europäischen Regionen, diejenigen erforderlichen Anpassungen in diesem Dokument zu gestatten, damit seine Anwendung an die spezifischen Bedürfnisse der Bürger der verschiedenen Regionen der Europäischen Union angepasst werden können.

Außerdem hebt die Zwischenprüfung von Europa 2020 die Bedeutung des Mehrebenensystems hervor. Europa 2020 ist die Wachstumsstrategie der EU für das kommende Jahrzehnt und zielt hauptsächlich darauf ab, die EU in eine smarte, nachhaltige und integrative Gemeinschaft zu transformieren. Die Prüfung betont die fehlende territoriale Dimension der Strategie, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Abschließend ist es notwendig, die verschiedenen Aktionen auf allen Regierungsebenen, einschließlich der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, zu koordinieren und umzusetzen, um eine erfolgreiche Strategie zu erhalten und die verantwortungsvolle Regierungsführung in Europa umzusetzen.

Fünftens.- Stärkung der CALRE.

Die zukünftige Rolle der CALRE muss mit verschiedenen Bereichen im Einklang stehen. Einerseits die Stärkung ihrer Einbindung in die Überwachung des Subsidiaritätsprinzips basierend auf der Anerkennung der Bedeutung der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen sowie ihr erhöhter Einsatz in

der Arbeit des Ausschusses der Regionen als Institution, die lokale und regionale Gebietskörperschaften auf europäischer Ebene vertritt. Diese Anforderung wird auch durch den sechsten Bericht der Europäischen Kommission über den territorialen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt betont.

Als Vereinigung der Parlamente kann die CALRE zu keinem Zeitpunkt die wichtige Rolle vernachlässigen, die sie bei der Stärkung der Demokratie des europäischen Integrationsprojekts spielt.

Die EU hat Demokratie als einen fortschreitenden „internen, gesamtgesellschaftlichen Prozess“ beschrieben, der alle gesellschaftlichen Gruppen und eine Vielzahl von Institutionen erfassen muss, damit eine politische Partizipation und Vertretung, die Wahrnehmung von Anliegen und die demokratische Rechenschaftspflicht gewährleistet sind. Die Schaffung und dauerhafte Verankerung einer Menschenrechtskultur und bürgernahen Demokratie – insbesondere in jungen Demokratien zugleich dringlich und schwierig – stellt tatsächlich eine ständige Herausforderung dar, die in erster Linie von den Bürgern des betreffenden Landes selbst bewältigt werden muss.“

In dieser Hinsicht fordert CALRE eine Stärkung der Beziehungen mit dem Europäischen Parlament, das in letzter Zeit eine starke Rolle als Verteidiger der Konsolidierung der parlamentarischen Systeme auf der ganzen Welt gespielt hat. Zudem fordert die CALRE eine Stärkung der Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten, auch durch den Dialog mit COSAC, der Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschafts- und Europaangelegenheiten der nationalen Parlamente in der Europäischen Union. Die CALRE ist überzeugt, dass der Austausch von Informationen und bewährten Praktiken unter den Parlamenten auf verschiedenen Ebenen – EU,

national und regional – dazu beitragen wird, sowohl ihre Funktionen in jedem Land als auch die weltweite Verbreitung der demokratischen Werte zu fördern, zu erweitern und zu verbessern.

Die Erfahrung der CALRE als Forum für größeres gemeinsames Wissen und den Austausch der bewährten Praktiken diente dazu, verschiedene parlamentarische Traditionen in Bezug auf verschiedene Kulturen und die Geschichte der jeweiligen Nationen zu vereinen.

Es ist das Ziel der CALRE, ihre Kooperation und Stärke in einem noch größeren Umfang als heute zu nutzen, um Einfluss auf Fragen zu nehmen, die für die regionalen gesetzgebenden Versammlungen der EU große Bedeutung haben und sich gegenseitig zu unterstützen.

Sechstens.- Der Jakobsweg im europäischen Integrationsprozess

Der Jakobsweg, der erste Europäische Kulturweg, ist einer der größten Schätze, den alle Europäerinnen und Europäer gemein haben. Diese alte Route, auf der seit dem Mittelalter Millionen von Menschen gereist sind, ist Teil des kulturellen und moralischen Erbes von Westeuropa und der gesamten Menschheit. Im Mittelalter war den ersten Pilgern nicht bewusst, dass sie durch den Austausch von Sprache, Musik, Kunst, Neuigkeiten und Ideen untereinander und mit den Einheimischen entlang des Jakobswegs die Grundsteine für eine europäische Identität legten. Das erste Beispiel dieser europäischen Identität ist die gemeinsame Auffassung von Kunst, die immer noch in vielen Kirchen und Kathedralen in ganz Europa erkennbar ist. Im zehnten Jahrhundert war die Pilgerfahrt nach Compostela ein fester Bestandteil der christlichen Welt,

<<Logo>>
CALRE
Galizien 2014

der jahrhundertlang gepflegt wurde und heutzutage in einem neuen Glanz erstrahlt, der über die rein religiöse Bedeutung hinausgeht.

Der Pfad des Dialogs, der Harmonie und des gegenseitigen Verständnisses, der die Grundlage für den Pilgerweg ist, ist auch der Kern des parlamentarischen Austausches und der andauernden Verhandlungen, die mit dem europäischen Integrationsprozess verbunden sind.